

Brandschutzschutz–Abkommen in Bangladesch

Das Abkommen über Brandschutz und Gebäudesicherheit wird von bangladeschischen und internationalen Gewerkschaften sowie Arbeitsrechtsorganisationen unterstützt und wurde von zwei größeren internationalen Bekleidungsunternehmen unterzeichnet.

Es sieht im Wesentlichen ein Programm vor, das die Risiken für zukünftige Fabrikbrände – so wie die, die kürzlich Hunderte von TextilarbeiterInnen in Pakistan und Bangladesch in den Tod rissen -, minimiert.

Das bahnbrechende Programm beinhaltet ein Zweijahresprogramm zum Arbeitsschutz. Es enthält:

- Brandschutz- und Gebäudesicherheitskontrollen durch geschulte, unabhängige Sicherheitsexperten,
- Bildung von betrieblichen Arbeitsschutzkomitees, in die die Beschäftigten ihre VertreterInnen wählen (sie werden also nicht vom Management ernannt!)
- Schulung der Beschäftigten in Brandschutzmaßnahmen unter Beteiligung von lokalen Arbeitsrechtsorganisationen/Gewerkschaften

Das Programm wird von einem Multi-Stakeholder-Gremium koordiniert, das von den Unterzeichnern des Abkommens eingesetzt wird und einen Beschwerdemechanismus für ArbeiterInnen sowie ein verbindliches Vorgehen zur Konfliktlösung einschließt.

Bis jetzt haben PVH Corp. (Besitzer der Marken Calvin Klein, Tommy Hilfiger) und das deutsche Einzelhandelsunternehmen Tchibo das Abkommen unterzeichnet.

Auf globaler Ebene haben IndustriAll (als weltweite Vertretung der ArbeiterInnen in diesem Sektor) sowie die Clean Clothes Campaign, International Labor Rights Forum, Maquila Solidarity Network und das Worker Rights Consortium (als Organisationen, die die Rechte von ArbeiterInnen fördern) das Abkommen unterzeichnet.

In Bangladesch wurde das Abkommen vom Bangladesh National Council (BNC) der Gewerkschaften im Namen seiner Mitglieder sowie von der National Garment Workers Federation, der Bangladesh Garment and Industrial Workers Federation, der Bangladesh Apparel Workers Federation, der Bangladesh Revolutionary Garment Workers Federation, der Sammilito Garments Sramik Federation, und als unterstützende Organisation von der Gesellschaft Alternative Movement For Resources And Freedom unterzeichnet.

Kernelemente des Abkommens:

- Kontrollen durch geschulte Sicherheitsexperten, die unabhängig von den Marken und Fabriken sind
- Öffentliche Berichterstattung über alle Kontrollen
- Verbindliche Reparaturen und Renovierungen aller identifizierter Gefahrenumstände– und die Forderung, dass alle Marken die Zusammenarbeit mit Lieferanten beenden müssen, die sich weigern die notwendigen Reparaturen durchzuführen und die Sicherheit zu gewährleisten.
- Zentrale Rolle für ArbeiterInnen und Gewerkschaften, durch die Bildung von Arbeiter-Komitees für Sicherheit in allen Fabriken;
- Zugang für Gewerkschaften in die Fabriken für die Durchführung von Schulungen über Sicherheit und Arbeitsrechte.
- Verträge mit Lieferanten, die ausreichend Finanzierung und angemessene Bezahlung sicherstellen, um die Kosten für die Eliminierung tödlicher Gefahrenumstände und Hindernisse für sichere Arbeitsbedingungen zu decken.